

Warteschleife

Die kanadische Wahl 2019

Von Andrea Levy

Es war ein äußerst knapper Wahlausgang. Trotzdem konnte das Ergebnis der Parlamentswahlen 2019 angesichts des in Kanada geltenden Mehrheitswahlrechts kaum echte Überraschungen bringen. Es gab kaum Zweifel daran, dass entweder die amtierende Liberale Partei oder die oppositionelle Konservative Partei am Wahltag siegen würde, wenngleich sie unter Umständen die Demütigung erleben würde, nur eine Minderheitsregierung bilden zu können. Im Französischen gibt es ein Wort dafür: *Alternance* - zwei Parteien, die sich in einer dauernden Wiederholung immer wieder an der Macht abwechseln. Die zyklische Abwechslung von Liberalen und Konservativen, beides Parteien des Kapitals, deren handfeste Regierungsweise sich hauptsächlich in Einzelfragen voneinander unterscheidet, hat die kanadische Politik seit Entstehung des Bunds 1867 gekennzeichnet.

Das Verharren in dieser Warteschleife verschlimmert die vielen Nöte und Widersprüche des Landes nur noch mehr. Kanadas Probleme reichen von einer sich verschärfenden Ungleichheit bezüglich des Einkommens und des Vermögens der Bürger bis hin zu einer Volkswirtschaft, die ausgebeutet wird; von der fortschreitenden Enteignung der indigenen Bevölkerung bis hin zum katastrophalen Klimawandel; die jüngsten Forschungsergebnisse zeigen, dass Kanada sich zweimal so schnell erwärmt wie der Rest der Welt.

Bei einer Wahlbeteiligung von knapp 65 Prozent hielt das für das 21. Jahrhundert typische Muster des Missbehagens der Wähler weiter an. Wenn ein Drittel der Wählerschaft zu Hause bleibt, kann nicht einmal eine über eine Mehrheit verfügende Regierung sich mit starkem Rückhalt in der Bevölkerung brüsten. Bei dieser Wahl wurde die Liberale Partei von Justin Trudeau mit einem Drittel der Gesamtstimmenzahl wiedergewählt, verfehlte aber die Mehrheit um 13 Mandate. Mehr konservative als liberale Wähler waren motiviert genug zur Wahlurne zu gehen. Die Anhänger des Westminster-Parlamentarismus missbilligen im Allgemeinen Minderheitsregierungen, da sie als schwach und unbeständig gelten. Trotzdem sind die fortschrittlichsten Bundesregierungen der kanadischen Geschichte liberale Minderheitsregierungen gewesen, die auf Unterstützung durch die sozialdemokratisch geprägte Neue Demokratische Partei (NDP) angewiesen waren. Zwei solche Regierungen wurden nacheinander in den 60er Jahren gebildet und verabschiedeten zwei Säulen des Wohlfahrtsstaats: die allgemeine Gesundheitsversorgung und das staatliche Rentensystem. Dies geschah erneut im Jahr 1972 unter Justins Vater Pierre Trudeau und bescherte dem Land Errungenschaften wie etwa preisgünstigen, vom Staat geförderten Wohnungsbau. Und obwohl diese beachtlichen Errungenschaften der liberalen Demokratie in Kanada zu einer Zeit durchgesetzt wurden, als der neoliberale Kapitalismus noch nicht hegemonial war und das Land sich noch nicht in einen aufstrebenden Erdöl-Staat verwandelt hatte - und lange bevor die sozialdemokratischen Parteien sich auf den Dritten Weg begaben - sehnen sich trotzdem viele fortschrittliche Wähler Kanadas nach jenen Zeiten zurück.

Während am Wahltag Experten auf eine verärgerte Wählerschaft, ein regional zersplittertes politisches System und eine handlungsunfähige Regierung hinwiesen, sehen die meisten links von der Mit-

te angesiedelten Wähler eine sich abzeichnende liberale Minderheitsregierung mit einer NDP, die sich anschickt, als Preis ihrer Zusammenarbeit mit den Liberalen Zugeständnisse zu verlangen, als das bestmögliche unter den gegebenen Umständen erreichbare Ergebnis, das Gelegenheit bietet, den politischen Mittelpunkt ein wenig nach links zu verschieben. Dennoch ging die NDP aus dieser Wahl sehr viel geschwächer hervor und belegte nur den vierten Platz. Grund hierfür ist das Wiederaufleben der regionalen Partei *Bloc Québécois*, die 32 der 78 Sitze errang, die der Provinz Quebec in der Bundesversammlung vorbehalten sind. Die Wahl von 2019 beendete blitzartig die Flitterwochen der Quebecer mit der NDP, als die Partei alle ihre 16 Sitze bis auf einen in der Nationalversammlung Quebecs verlor. Dies war ein KO-Schlag, der ernsthaft in Frage stellt, ob die NDP dort je wieder Fuß fassen kann.

Noch dazu kommt, dass, obwohl die NDP gemeinhin als der natürliche Verbündete der Liberalen angesehen wird, Trudeau von Anfang an jegliche Regierungskoalition, ob formell oder informell, ausgeschlossen hatte und seine Absicht ankündigte, von Fall zu Fall mit allen Parteien zusammenzuarbeiten, um Gesetzesvorhaben zu verabschieden. Dies deutet darauf hin, dass das Kräfteverhältnis im 43. kanadischen Parlament wechselhaft sein wird.

Die Wohnungsfrage

Die Massenmedien wiederholen unablässig, dass am trügerischen Maßstab des BIP-Wachstums gemessen, Kanada unter Trudeaus Regentschaft wirtschaftlich gediehen ist. Die offizielle Arbeitslosenquote ist auf dem niedrigsten Stand seit Mitte der 1970er Jahre. Umfragen und Studien ergeben jedoch, dass sich eine Mehrheit der Kanadier wirtschaftlich unter Druck fühlt. Sie machen sich Sorgen, weil die Lebenshaltungskosten schneller als ihr Einkommen steigen. „Erschwinglichkeit“ war bei diesen Wahlen ein wichtiges Anliegen der Wähler. Die von aufeinanderfolgenden Bundes- und Provinzregierungen jahrzehntelang aufgezwungenen neoliberalen Sparmaßnahmen haben die öffentlichen Dienstleistungen ausgehöhlt, die für viele Bürger oftmals den entscheidenden Unterschied in der Lebensqualität ausmachen. Für Niedrigverdiener ist erschwinglicher Wohnraum zunehmend unerreichbar geworden. Mieten sind in den letzten Jahren stark gestiegen. Allein im Jahr 2018 stiegen sie in vielen Städten des Landes um 10 bis 15 Prozent. Vancouver und Toronto zählen mittlerweile zu den teuersten Wohnungsmärkten der Welt. Eine Studie des *Canadian Centre for Policy Alternatives* ergab, dass jemand, der den Mindestlohn oder etwas mehr verdient, sich in den meisten Stadtvierteln des Landes nicht leisten kann, eine Zweizimmerwohnung zu mieten. Der Mangel an Wohnraum beeinträchtigt das Leben von 25 % der kanadischen Arbeitnehmer sowie vieler neuer Einwanderer und Geflüchteter stark. Einem UNO-Bericht aus dem Jahr 2019 zufolge sind die Wohnbedingungen für die indigene Bevölkerung besonders prekär, sowohl in den Reservaten als auch in den Städten. Im August forderte der Bund kanadischer Stadtgemeinden alle politischen Parteien auf, Milliardensummen in den Wohnbau zu stecken, um die Mietbedürfnisse von älteren Menschen, Indigenen und einkommensschwachen Schichten zu sichern.

Während des Wahlkampfes wurde diese Schlüsselfrage jedoch kaum angesprochen, insbesondere nicht von den Liberalen und Konservativen, die stattdessen versprachen, den Bau von Eigenheimen zu erleichtern. Die NDP und die Grünen haben im Gegensatz dazu Vorschläge für die Ausweitung des staatlich geförderten Wohnungsbaus unterbreitet. Dieser Verantwortung hatten sich frühere

Bundesregierungen weitgehend entzogen. Der Anteil von staatlich gefördertem Wohnraum am kanadischen Wohnungsbestand beträgt derzeit nur magere vier Prozent.

Das Gesundheitswesen wurde in den Umfragen als wichtigstes Thema für Wähler eingestuft. Bei den Parteien, soweit sie soziale Gesundheitsfürsorge nicht glatt ablehnen, liegt das Hauptaugenmerk darauf, verschreibungspflichtige Medikamente durch die Einführung einer Art staatlicher Arzneimittelversicherung erschwinglicher zu machen. (Kanadier zahlen mehr für verschreibungspflichtige Arzneimittel als andere Industrieländer, die allgemeine Gesundheitsversorgung genießen). Seit 20 Jahren reden die Liberalen über eine staatliche Arzneimittelversicherung, ohne jedoch die einschlägige Gesetzgebung vorzustellen. Dieses Zögern ist zweifellos auf den ständigen Druck der Pharma- und Versicherungsbranche zurückzuführen.

Sowohl die NDP als auch die Grünen werben für eine allgemeine Gesundheitsversorgung, und Jagmeet Singh von der NDP machte sie sogar zum Kernstück seines Wahlkampfes, sowie die kostenlose zahnärztliche Versorgung für Haushalte mit weniger als 70.000 kanadischen Dollar Jahreseinkommen – circa 48.000 Euro.

Liberaler und Konservativer

Das Wahlkampfprogramm von Trudeaus Liberaler Partei stellte im Grunde einen grün gefärbten Kapitalismus mit menschlichem Antlitz dar. Sie prahlte mit ihrer Fähigkeit, die Wirtschaft zu lenken, ihrem scheinbar bescheidenen Versprechen, ihre Leistung auf verschiedenen Feldern im Falle einer Wiederwahl zu verbessern, und ihrer Aura von Toleranz und Mitgefühl, die einen grellen Kontrast zu dem ein Jahrzehnt dauernden, kleinlichen Regierungsstil des Konservativen Stephen Harper bildet. Vor allem stilisierte sich die Liberale Partei als das geringere Übel, indem sie auf die Gefahren eines konservativen Sieges für die Mehrheit der Kanadier hinwies, insbesondere auf die Aussicht, dass Scheer keine Haushaltsdefizite dulden und überall Kürzungen der öffentlichen Dienstleistungen anstreben und Infrastrukturinvestitionen in Milliardenhöhe verzögern würde.

Vor vier Jahren hegten manche Leute noch die trügerische Hoffnung, dass Trudeaus Liberale eine der wenigen Überbleibsel aufgeklärter Politik inmitten der weltweiten reaktionären Tendenz sei. Sie wurden aber eines Besseren gelehrt, als die Partei erwartungsgemäß viele der Versprechungen verriet, die ihr zum Wahlsieg im Jahr 2015 verholpen hatten. Es fing mit ihrem Versprechen an, das geltende Mehrheitswahlrecht, wo jeder Wahlkreis einen Abgeordneten wählt, abzuschaffen. Das Mehrheitswahlrecht verhindert selbst minimale Verbesserungen an dem Scheinbild der Demokratie, die Kanadas liberales parlamentarisches System darstellt. Für die Linke in Kanada und Quebec war es keine Überraschung, dass eine liberale Partei im Wahlkampf fortschrittliche Versprechen machte, die sie nach ihrem Sieg vergaß.

Aber diesmal wurde das Ausmaß der Heuchelei und des Verrats besonders augenfällig. Der kanadische Karikaturist Michael De Adder brachte es auf den Punkt mit seiner Zeichnung vom grinsenden Stephen Harper, der mit triumphalem Gehabe eine Maske mit dem Antlitz von Justin Trudeau von seinem Gesicht abstreift. Ein besonders ungeheuerliches Beispiel war das Versprechen der Liberalen, die Aussöhnung mit der indigenen Bevölkerung voranzutreiben. Um nur ein Beispiel zu nennen:

Trudeau hatte sich verpflichtet, den skandalösen anhaltenden Mangel an sauberem Trinkwasser in den Reservaten zu beseitigen - eine Aufgabe des Bundes, die seit Jahrzehnten von allen Regierungen vernachlässigt wird. Obwohl einige Fortschritte erzielt wurden, hat die Regierung nicht einmal ihr Versprechen eingehalten, das sich darauf beschränkte, bis 2021 die Notwendigkeit zu beseitigen, in den Reservaten Trinkwasser abkochen zu müssen. In vielen Ortschaften bleibt verseuchtes Leitungswasser die Norm - dies in einem Land mit einem der weltweit größten erneuerbaren Süßwasservorräte. Die liberale Zeitschrift *Maclean's* veröffentlichte während des Wahlkampfes einen vernichtenden Beitrag der Rechtsanwältin Pam Palmater, die dem Mi'kmaq-Stamm angehört. Darin betonte sie, dass Trudeau zumindest die amtlichen Sprachregelungen gegenüber der indigenen Bevölkerung neu formuliert hatte. Dies stellte zugegebenermaßen einen Fortschritt gegenüber der Harper-Zeit dar. Trotzdem blieb die Wirklichkeit weitgehend unverändert. „Es stimmt“, schrieb sie, „dass wenn die indigene Bevölkerung zur Wahl geht, sie ihren eigenen Minister für ihre eigenen Angelegenheiten ernennen. Das ist aber ausgerechnet der Mensch, der als nächster ihre Rechte als Indigene, ihre Rechte nach den Verträgen und ihre Rechte auf das Land missachten und ihnen noch dazu die ihnen zustehenden Grundrechte verweigern wird.“

Das Unvermögen der Liberalen, die Versöhnung konsequent durchzusetzen, wurde bereits im Wahlkampf offensichtlich, als bekannt wurde, dass die Liberalen die Revision eines Urteils des *Canadian Human Rights Tribunal* beantragt hatten. Das Urteil wies die Bundesregierung an, indigenen Kindern und ihren Familien, die durch die Jugendämter in den Reservaten Schaden erlitten haben, Milliardenbeiträge als Entschädigung zu gewähren.

Aber trotz all ihrer Heuchelei und Untreue, und so sehr sie denselben unternehmerischen Interessen verpflichtet sind wie die Konservativen, werden die Liberalen, zumindest im Ansatz, zurecht als wohlwollender und mildtätiger empfunden als die Konservativen. Diese Wahl hat die rechtspopulistische, sozial reaktionäre Mannschaft der Konservativen Partei wie nie zuvor in den Mittelpunkt gerückt. Ihr Vorsitzender Andrew Scheer versprach, die Erdöl- und Gasbranche zu schützen und den Staatshaushalt auf Kosten der Mehrheit der Kanadier zu sanieren, obwohl Umfragen eindeutig ergaben, dass die Mehrheit der Bürger die staatlichen Defizite billigt, da sie die Schaffung von Arbeitsplätzen und die Durchführung sozialer Maßnahmen ermöglicht. Scheer führte einen schmutzigen und verlogenen Wahlkampf, der darin bestand, das Thema Steuern zu dämonisieren. Auf diese Weise bereitete er die unvermeidlichen Kürzungen vor, die für Kanadas geschwächten Wohlfahrtsstaat vorgesehen waren. Die Konservativen fürchteten keine ernsthaften Konkurrenten auf ihrer rechten Flanke. Somit konnten sie sich getrost um ihre treue Kernwählerschaft kümmern, die vor allem in Westkanada und Teilen von Ontario beheimatet ist. Die konservative Speisekarte bestand aus einem Hauptgericht unerbittlicher Sparmaßnahmen mit einer Garnitur von sozialem Konservatismus, der Frauenrechte einschränkt, die Armen bestraft und ethnische und sexuelle Minderheiten brandmarkt. Zum Beispiel wurde die Angst vor erneuten Versuchen geschürt, Abtreibung wieder unter Strafe zu stellen, als bekannt wurde, dass ein Viertel der antretenden konservativen Kandidaten von der größten Organisation der Abtreibungsgegner des Landes unterstützt wurde. Scheer, der sich persönlich gegen Abtreibung ausgesprochen hat, versprach, er würde die derzeitige Rechtslage nicht antasten, wonach Abtreibung uneingeschränkt möglich ist und von den Kassen finanziert wird. Trotzdem verweigerte er die Aussage zur Frage, ob er konservativen Abgeordneten verbieten würde, auf eigene Faust Gesetzesentwürfe vorzulegen, die danach trachten, das Recht einer Frau auf Schwangerschaftsabbruch einzuschränken. In dieser Hinsicht, wie in manchen anderen, gibt es wenig Unterschied zwischen der jetzigen, von Scheer angeführten Partei, und der Partei der Harper-Zeit.

Die NDP

Erste Prognosen eines Absturzes der seit vielen Jahren als drittstärksten Partei Kanadas eingestuften Neuen Demokratischen Partei erwiesen sich als verfrüht. Die NDP hat offenbar Schlussfolgerungen aus ihrer Niederlage bei den Wahlen von 2015 gezogen. Damals zog sie in den Wahlkampf als fader Abklatsch einer Sozialdemokratie des Dritten Wegs. So versprach sie, den Staatshaushalt zu sanieren. Dadurch konnte sich Justin Trudeau als Vorkämpfer der fortschrittlichen Politik aufspielen, indem er den Parteivorsitzenden der NDP Tom Mulcair beschuldigte, sich für Sparmaßnahmen zu entscheiden, und gleichzeitig Arbeitsplätze und Wachstum abzubauen. Viele haben damals gemeint, dass Mulcair dadurch eine Niederlage geradezu unvermeidlich gemacht hatte, just im Augenblick, wo die NDP zum ersten Mal in ihrer Geschichte eine echte Chance hatte, selbst eine Bundesregierung zu bilden.

In den Wochen vor der Wahl wirkte die Partei chaotisch. Ihr Vorsitzender Jagmeet Singh machte einen glanzlosen Eindruck mit seinen öden Plattitüden. Aber als der Wahlkampf allmählich an Tempo gewann, gewann Singh an Kontur und verteidigte geschickt wichtige NDP-Initiativen, wie etwa die staatliche Arzneimittelversicherung. Während die Liberalen und die Konservativen wie erwartet versprachen, die Steuerlast für die Mehrheit der Kanadier etwas zu verringern, forderte die NDP im Gegensatz, die massive Steuervermeidung zu bekämpfen, die den Staat um seine Einnahmen prellt.

Dies sollte durch die Schließung von Steuerschlupflöchern, durch hartes Durchgreifen gegen Steueroasen im Ausland und eine einprozentige Vermögenssteuer für alle Kanadier, deren Nettovermögen 20 Millionen kanadische Dollar übersteigt geschehen. (Eine jüngst veröffentlichte Studie ergab, dass Kanada hinter Deutschland an fünfter Stelle steht im Hinblick auf die Länder mit der größten Dichte von Reichen, deren Vermögen mindestens 30 Millionen US-Dollar beträgt.) Je mehr sich Singh für Gesundheitsversorgung und Steuergerechtigkeit einsetzte, desto beliebter wurde er, vor allem nach einer im Fernsehen ausgestrahlten Debatte unter den Parteivorsitzenden mitten im Wahlkampf.

Nichtsdestotrotz blieb die Stimmenzahl der NDP mittelmäßig, wenngleich sich die schlimmsten Befürchtungen nicht bestätigt haben. Ihre Abgeordnetenzahl schrumpfte von 39 auf 24, und sie erhielt knapp 16 Prozent der Wählerstimmen, mehrere Prozentpunkte weniger als in 2015. Vor allem in Quebec erlitt die NDP einen gewaltigen Rückschlag. Dort verlor sie fast alle ihre Sitze an den *Bloc Québécois*, eine Partei, die langfristig die Unabhängigkeit Quebecs anstrebt. Der *Bloc Québécois* kandidierte ausschließlich in dieser Provinz. Die Partei sieht ihre Aufgabe darin, in der Bundesversammlung die Interessen Quebecs zu vertreten.

Die Situation der Linken im englischsprachige Kanada und Quebec

Trotz ihrer angestammten bürokratischen Strukturen und ihres fragwürdigen Anspruchs darauf, als Gegner des Status Quo zu gelten, bleibt die NDP Referenzpunkt für praktisch das gesamte Spektrum der Linken im englischsprachigen Kanada. Bei den sozialistischen Linken gibt es zwei Hauptströmungen, einerseits diejenigen, die sich trotz jahrzehntelanger Enttäuschungen in ihren Bemühungen, die Partei nach links zu versetzen, immer noch an die Hoffnung klammern, ihre sozialistischen Wurzeln irgendwie doch noch wiederzubeleben, und andererseits diejenigen, die gleich eine neue linksradikale

Partei gründen wollen, die in soziale Bewegungen eingebettet sein und sowohl parlamentarisch als auch darüber hinaus handeln soll. Unter diesen herrscht jedoch die Meinung, dass die notwendigen Voraussetzungen dazu fehlen, nämlich eine kämpferische Arbeiterbewegung und starke, durchorganisierte soziale Bewegungen. Darum hätte eine neugegründete, konsequent antikapitalistische Partei keine Chance, nennenswerten Rückhalt in der Bevölkerung zu erzielen. Deshalb bleibt die NDP das einzige tragfähige Mittel zur Formulierung und Durchsetzung der Interessen der Arbeiterklasse. Trotzdem gibt es zum Teil auch echte Begeisterung für den Linksschwenk der NDP, durch den sie die rechte Spur verließ, in der sie ein Jahrzehnt lang verharret hatte. Der Führungsstil von Jagmeet Singh erweckt ebenfalls Begeisterung. Es ist zwar unwahrscheinlich, dass er sich zu einem kanadischen Corbyn mauert, aber viele Menschen waren von seinem Auftreten als engagierter Verfechter der Interessen der Arbeiterklasse beeindruckt. Weiterhin hat er gezeigt, dass er bereit ist, dem Rassismus entgegenzutreten, sowohl in seiner Alltags- als auch seiner systemischen Form. Er hat auf seine eigenen Erfahrungen als *Person of Color* und als Anhänger einer religiösen Minderheit zurückgegriffen. Er ist der erste Vorsitzende einer großen politischen Partei Kanadas, der einer ethnischen Minderheit angehört. (Es gibt eine anhaltende Diskussion darüber, inwieweit Rassismus für Singh ein Hindernis bei seinen Bemühungen, die Wählergunst für sich zu gewinnen, darstellt.) Für junge linke Aktivisten, die die Rechte der indigenen Bevölkerung, die Dekolonisierung und den Kampf gegen den Rassismus zum Kern ihrer politischen Tätigkeit gemacht haben, sind das Engagement der NDP zur Bekämpfung des Rassismus und ihre Programmpunkte für eine Aussöhnung mit der indigenen Bevölkerung sehr ansprechend.

Während der gesamten Geschichte der NDP wurden Anstrengungen unternommen, die Partei nach links zu verschieben. Die letzte dieser Art war die *Courage Coalition* [„Mutbund“], eine Gruppe junger Aktivisten, die sowohl innerhalb und wie auch außerhalb der NDP tätig sind. Sie verbinden die Wahlkampfpolitik mit außerparlamentarischer Tätigkeit mit dem Ziel, Unterstützung für einen Green New Deal für Kanada aufzubauen – nämlich einen Wirtschaftsplan, der darauf abzielt, die Emissionsbilanz von Treibhausgas auszugleichen -- der auf Dekolonisierung, Rechten der indigenen Bevölkerung und einer demokratischen Umverteilung von Vermögen und Ressourcen beruht. Gleichzeitig soll der Konsum von fossilen Brennstoffen schrittweise eingestellt werden. Es bleibt abzuwarten, ob aktuelle Umstände es der Gruppe ermöglichen, weiter zu kommen als ihre Vorgänger. Aber die Geschichte legt nahe, dass das radikale Programm der *Courage Coalition* innerhalb der Partei ein Randphänomen bleiben wird, zumal die *Courage Coalition* auch noch fordert, Nahverkehr und Wohnungswesen aus der Marktwirtschaft auszuklammern zugunsten einer Ausweitung des Gemeinwesens durch öffentliches und kooperatives Eigentum.

In Quebec, wo es der NDP nie gelungen ist, Wurzeln zu schlagen, sind die Ansichten über die Partei ganz anders. Die französischsprachige Linke, die aus der sogenannten ruhigen Revolution der 60er Jahre hervorging, war schon immer dem Streben nach der Unabhängigkeit Quebecs verpflichtet. Sie betrachtet die Bundesregierung als Antreiber der Unterwerfung Quebecs und als das Haupthindernis für die nationalen Bestrebungen der Provinz, ganz gleich welche Partei in Ottawa an der Macht ist. Die französischsprachige Linke stand den Wahlkämpfen des Bundes immer weitgehend gleichgültig gegenüber. Ein halbes Jahrhundert lang zog die NDP durch die politische Wüste von Quebec. Sie wurde mit Recht als unabhängigkeitsfeindlich eingestuft, bis ihr im Jahr 2011 eine einzigartige Konstellation von Umständen den Durchbruch verschaffte. Bis zu dem Zeitpunkt, als die Linke in Quebec sich überhaupt um die Bundespolitik gekümmert hatte, unterstützte sie vornehmlich den *Bloc Québécois*. Bei den Wahlen im Jahr 2019 aber war für gewisse fortschrittliche Wähler in Quebec diese Möglichkeit durch die jüngste identitäre Wende des Blocks nicht mehr gegeben.

Der Block wurde Anfang der neunziger Jahre gegründet. Während des Großteils ihrer Geschichte war er eindeutig sozialdemokratisch geprägt und stimmte im Unterhaus häufig genau wie die NDP für eine Vielzahl von sozialen und wirtschaftlichen Fragen. 2011 wurde sie aber von den Wählern in Quebec zugunsten der NDP an den Rand gedrängt, zum Teil, weil er seinem Auftrag, die Souveränität Quebecs zu wahren, nicht nachgekommen war und damit seine Existenzberechtigung verloren hatte. Nach einem acht Jahre langen Nahtoderlebnis bemühte sich der Block unter der Führung von Yves-François Blanchet, sich selbst wiederzubeleben – mit Erfolg, wie die aktuelle Wahl gezeigt hat. Die Strategie der Partei bestand darin, sich eine nationalistische Welle zunutze zu machen, die vor allem im ländlichen Quebec mehrere Jahre hindurch an Kraft gewonnen hatte, obwohl paradoxerweise die Begeisterung für einen Austritt aus dem kanadischen Bund gleichzeitig nachgelassen hat. Der Block koppelte sein Schicksal an die beliebte Provinzregierung von François Legault, die mitte-rechts steht, und forderte die Wähler Quebecs dazu auf, „Männer und Frauen zu wählen, die euch gleichen und eure Werte teilen.“

Ein bedeutender Teil der linksradikalen Intellektuellen und Aktivisten Quebecs wurde von dieser Anbiederung an Vorurteile und Ausgrenzung abgestoßen. Daraufhin sank die Beliebtheit des Blocks stark ab. Noch dazu kam, dass, obwohl die Partei sich umweltfreundlich gab, Blanchets eigene politische Vergangenheit als Umweltminister Quebecs mehr als fragwürdig war, denn er hatte die Erschließung der ökologisch empfindlichen Insel Anticosti für Erdöl- und Gaserkundung ebenso wie weitere umweltzerstörerische Vorhaben verteidigt, und hatte somit die Glaubwürdigkeit der Partei beschädigt. In gewissen Fragen aber deutet der Block seinen nationalistischen Diskurs immer noch verhältnismäßig fortschrittlich. Das Vorwort zu seinem Parteiprogramm hört sich linkspopulistisch-nationalistisch an: „Der Block ist weder den großen Erdölkonzernen Westkanadas, noch den Banken an der Bay Street oder den Abtreibungsgegnern verpflichtet. Der *Bloc Québécois* schuldet nur dem Volk von Quebec Rechenschaft.“

Eine der Folgen der politisch zwiespältigen Neuausrichtung des Blocks war eine politische Spaltung in der breiten fortschrittlichen Bewegung Quebecs in Bezug auf die Bundespolitik. Wer der Durchsetzung des nationalen Selbstverständnisses und der Interessen Quebecs Vorrang einräumt, unterstützt weiterhin den Block, trotz aller Vorbehalte hinsichtlich der Echtheit seines nationalen Engagements und seines sozialdemokratischen Charakters. Es ist erwähnenswert, dass inzwischen eine Strömung entstanden ist, die sich als Linke versteht und herkömmliche linke Ansichten vertritt, wie z.B. Ablehnung staatlicher Sparmaßnahmen und gesellschaftlicher Ungleichheit sowie die Forderung nach einem leistungsstarken Wohlfahrtsstaat, nach Umweltschutz und Feminismus, aber trotzdem einen rechtslastigen Nativismus befürwortet. Ihr Manifest „*L'Aut'gauche*“ (Die andere Linke) wirft der städtischen, kosmopolitischen, inklusiven Linken Kapitulation vor Multikulturalismus und Minderheiten vor, die die Identität Quebecs angeblich auszulöschen drohen. Die Autoren des Manifests unterstützten den Block bei den letzten Wahlen.

Viele derjenigen, die den Chauvinismus des Blocks ablehnen, unterstützen hingegen die NDP oder die bundesweite Grüne Partei, die auf die stark wachsende Umweltbewegung in Quebec setzte, um sich dort bekannt zu machen. (Die Grünen litten am stärksten unter den vom Mehrheitswahlrecht herbeigeführten Verzerrungen. Sie gewannen nur drei Sitze, zwei in British Columbia und einen in New Brunswick, obwohl sie bundesweit 6,5 Prozent der Stimmen erhielten).

So wie im englischsprachigen Kanada gibt es auch in Quebec Linke, die sich für eine prinzipientreue Stimmeneithaltung ausgesprochen haben, aus dem nicht völlig irigen Grund, dass das Spiel von

vornherein manipuliert sei, dass Wahlen eine grundlegend ungerechte und undemokratische Gesellschaftsordnung legitimieren, und dass im gegenwärtigen System eine Regierung durch eine andere zu ersetzen genauso sinnlos sei, wie auf der Titanic die Liegestühle umzuräumen.

Die Gewerkschaften

Obwohl die NDP von der Arbeiterbewegung mitgegründet wurde und die Parteisatzung den Gewerkschaften eine besondere Rolle einräumt, haben sich die Gewerkschaften aus diesem Wahlkampf weitgehend herausgehalten. Kanadas größte Gewerkschaft, die kanadische Gewerkschaft des öffentlichen Dienstes, hat dazu aufgerufen, die NDP zu wählen, wie bei jeder Wahl seit den 60er Jahren, ebenso wie der Gewerkschaftsbund Ontarios und die Gewerkschaft der Stahlarbeiter, die beide eine Reihe von Werbespots in Rundfunk und Fernsehen gesendet hatten, um die gebrochenen Versprechen der Liberalen gegenüber der indigenen Bevölkerung aufzudecken. Mehrere wichtige Gewerkschaften wie UNIFOR (KFZ, Fernmeldewesen, Energie und Papier) und die *Public Service Alliance of Canada* riefen zu taktischem Wählen auf, um einen konservativen Sieg zu verhindern, während andere, darunter die wichtigsten Gewerkschaften Quebecs, der *Conseil des syndicats nationaux* und die *Fédération des travailleurs et travailleuses du Québec*, politische Anforderungen formulierten, ohne ihren Mitgliedern eine Wahlempfehlung zu geben. Während das Programm der NDP betonte, dass Investitionen getätigt werden müssen, um hunderttausende neue Arbeitsplätze in Bereichen wie der Nachrüstung von Gebäuden, erneuerbarer Energie und Verkehr zu schaffen, um die fossile Brennstoffwirtschaft sozial gerecht abzuwickeln, wiesen einige Kritiker darauf hin, dass in wichtigen arbeitsrechtlichen Fragen wie zum Beispiel der gesetzlichen Regelung ungesicherter Beschäftigungsverhältnisse, um gleichen Lohn für gleiche Arbeit zu gewährleisten, die NDP sich überhaupt nicht von den Liberalen unterscheidet. Sie bemängelten, dass das Parteiprogramm der NDP weit hinter den kühnen arbeitsrechtlichen Forderungen zurückbleibt, die Bernie Sanders in den Vereinigten Staaten stellt.

Die Klimakrise

Das Hauptthema der Wahlen von 2019 war der Klimawandel. Zufällig fand im September, während des Wahlkampfes, der weltweite Klimastreik statt, bei dem Millionen Menschen auf der ganzen Welt protestierend durch die Straßen zogen. Tatsächlich nahmen vier der sechs Parteivorsitzenden in Kanada an den Demonstrationen teil; drei von ihnen, darunter Justin Trudeau, beteiligten sich an der gewaltigen Kundgebung in Montreal, bei der die Klimaaktivistin Greta Thunberg das Wort ergriff, und der schätzungsweise 500.000 Menschen beigewohnt haben. Satiriker und Lästerungen ergötzten sich am Anblick eines im Klimastreik mitmarschierendem Trudeaus, der auf diese Weise im Grunde genommen die Untätigkeit seiner eigenen Regierung angeprangerte.

Keiner war überrascht, als der Anführer der Konservativen Andrew Scheer den Protesten fernblieb. Darüber hinaus lehnte die Partei die Teilnahme an einer nationalen Klimadebatte ab. Daraufhin wurde die Veranstaltung abgesagt. Der Klimawandel bereitet den konservativen Wählern, die für die Partei

Scheers stimmen, keine Sorgen. Die Partei erkennt den menschengemachten Klimawandel zwar als ernst zu nehmende Gefahr an, aber die meisten konservativen Amtsinhaber streiten den Klimawandel stur ab und vereiteln eifrig sogar die mildesten Maßnahmen, um seine Folgen abzuwenden. Ihr Programm bagatellisiert den Beitrag Kanadas zur Klimakrise, indem es den verhältnismäßig geringen Anteil des Landes an den weltweiten Treibhausgasemissionen hervorhebt und Kanadas empörende Pro-Kopf-Emissionen verschweigt, die unter den G20-Ländern die höchsten sind. Das Programm verspricht zwar, den Klimawandel dadurch zu bekämpfen, dass große Treibhausgasemittenten verpflichtet werden sollen, in technische Neuerungen zu investieren, um die kanadische Erdöl- und Gasbranche zur „saubersten der Welt“ zu machen. Trotzdem bleibt das Hauptanliegen der Konservativen der Bau eines pan-kanadischen Energiekorridors - ein Vorhaben, das die kanadische Schriftstellerin Margaret Atwood als „größenwahnsinnigen Wunschtraum“ bezeichnet hat. Abgesehen von der konservativen Ablehnung der liberalen Pläne, strengere Anforderungen im Hinblick auf Kraftstoffnormen einzuführen, war das Kernstück der Wahlkampagne der Konservativen das Versprechen, die haushaltsneutrale CO₂-Steuer der Liberalen aufzuheben (sowie weitere vermeintliche Hindernisse für die Handlungsfreiheit des Fossilkapitalismus zu beseitigen). Zur gleichen Zeit täuschten sie absichtlich die Wähler hinsichtlich der Kosten, die die Mehrheit der Kanadier tragen müssten, denn 90 Prozent des Steueraufkommens wird den Steuerzahlern erstattet. Folglich stellt die Steuer für die meisten Kanadier sogar eine Einkommensquelle dar.

Sowohl vor als auch während des Wahlkampfes wurde diesem Räderwerk des Markts größte Aufmerksamkeit gewidmet, bei dem das Verhalten des einzelnen Verbrauchers im Vordergrund stand. Fachleute stimmen überein, dass die Steuer viel zu niedrig angesetzt wird, selbst wenn man die für das Jahr 2022 vorgesehene Anhebung des Steuersatzes von derzeit 20 auf 50 kanadische Dollar pro Tonne berücksichtigt. Die Anhebung bezweckt, das Ziel des Pariser Klimaabkommens zu erfüllen, wodurch die Treibhausgasemissionen im Vergleich zu 2005 um 30 Prozent sinken sollen. Aber in Wirklichkeit erlaubt es die CO₂-Steuer der Erdöl- und Gasbranche den Anschein zu erwecken, dass sie bei der Bekämpfung des Klimawandels mitwirkt, um so die unmittelbare Regulierung ihrer Geschäfte durch den Staat zu vermeiden. Gleichzeitig wird verhindert, dass durchgreifende Maßnahmen getroffen werden, wie etwa eine einschneidende Einschränkung der Gewinnung fossiler Brennstoffe, eine Maßnahme, die die Erderwärmung tatsächlich verlangsamen könnte. (Nach Angaben des Bundesamts für Natursressourcen gehört der Erdöl- und Gassektor zu den größten Treibhausgasemittenten Kanadas. Allein der Abbau von Teersand verursachte zwischen 2005 und 2017 einen Anstieg der Emissionen um 23 %.)

Andererseits werden Schätzungen zufolge die Kosten für die Unternehmen durch jährliche Subventionen in Höhe von 3,3 Mrd. kanadischen Dollar ausgeglichen. Die Einstellung der Subventionen war ein weiteres Versprechen, das die Liberalen nicht einhielten.

Die NDP und die Grünen konnten spielend Trudeaus Heuchelei bei der Bekämpfung des Klimawandels anprangern, ganz besonders angesichts seiner Entscheidung im August 2018, dem Kinder-Morgan-Konzern 4,5 Milliarden kanadische Dollar an Steuergeldern für den Ausbau einer Erdölleitung zu zahlen. Die Leitung soll schmutziges, aus Teersand gewonnenes Erdöl von Alberta im Binnenland nach British Columbia befördern, wo es auf Tankschiffe geladen und nach Asien verschifft werden soll. Der Auftrag wurde vergeben trotz Widerspruchs seitens der Regierung von British Columbia sowie Protesten von vielen indigenen Gruppen, Umweltschützern und Tausenden von Bürgern im ganzen Land, die zutiefst besorgt über die schädlichen Auswirkungen des Vorhabens auf die Umwelt und die damit verbundenen Risiken waren. Der amerikanische Umweltaktivist Bill McKibben nannte Trudeau

„eine Katastrophe für den Planeten“, nachdem er einer Gruppe von Erdölmanagern in Texas sagte, „Kein Land würde 173 Milliarden Barrel Erdöl unter dem Boden finden und sie einfach dort lassen.“ Das Trans-Mountain-Vorhaben erhielt im Juni 2019 grünes Licht, zur gleichen Zeit, als die Liberalen im Parlament einen unverbindlichen Antrag zur Erklärung eines nationalen Klimanotstands einreichten, der ebenfalls von der NDP, dem *Bloc Québécois* und den Grünen unterstützt wurde. Und während diese drei Parteien sich der Erdölleitung widersetzen, bestand Trudeaus erste Handlung nach seiner Wiederwahl am 21. Oktober darin, der Konservativen Partei ein Friedensangebot zu machen, indem er versprach, Trans Mountain freizugeben, um dem wachsenden Unmut der westlichen Provinzen Alberta und Saskatchewan entgegenzukommen.

Obwohl in der Bevölkerung und insbesondere bei jungen Menschen der feste Wille besteht, dass Kanada sinnvolle Maßnahmen zur Begrenzung des Klimawandels ergreifen soll, wird die liberale Minderheitsregierung weiterhin an den Rändern basteln und so Kanadas Versuch, seine selbstbestimmten Klimaziele im Rahmen des Pariser Klimaabkommens zu erreichen, praktisch zum Scheitern verurteilen. Ebenso wenig wird es CO₂-Neutralität bis 2050 zu erreichen, ein neues Ziel der Liberalen, das Trudeau während des Wahlkampfes ankündigte.

Die NDP, die Grünen und der *Bloc Québécois* haben einige gut durchdachte Vorschläge zur Begrenzung der Kohlenstoffemissionen, aber keine der Parteien schafft es, den gordischen Knoten zu entwirren - der Abhängigkeit der kanadischen Wirtschaft von Erdöl und Gas sowie von der Industrie, die sie verursacht.

Keine der politischen Parteien, die um Sitze im Parlament wetteifern, ist bereit, anzuerkennen, geschweige denn den kanadischen Wählern direkt ins Gesicht zu sagen, dass eine durchgreifende und umfangreiche Veränderung der Wirtschaft notwendig ist. Diese Veränderung umfasst einen erheblichen Rückgang von Warenherstellung und -konsum, der sich für den Kapitalismus als tödlich erweisen würde. Dies ist erforderlich, um die weltweite Erwärmung zu verlangsamen und dem Verlust der biologischen Vielfalt und der Verkümmern des Ökosystems Einhalt zu gebieten, um so die Gesundheit und Sicherheit sowie das Überleben von Milliarden von Menschen auf der ganzen Welt zu gewährleisten.

Die Kontroverse um Quebecs Gesetzentwurf 21

Rassismus und Diskriminierung traten im Wahlkampf 2019 in mehrfacher Hinsicht in den Vordergrund – erstens, als Kanada sich weigerte, die Erklärung der Vereinten Nationen über die Rechte indigener Völker umzusetzen; zweitens durch den skandalösen Mangel an sauberem Trinkwasser in den Reservaten, und drittens durch das Auftauchen der beschämenden Fotos, worauf ein jüngerer Justin Trudeau mit dunkel bemaltem Gesicht („blackface“) erscheint, und die ihn international in Verruf brachten.

Ein Ereignis, das große Aufmerksamkeit erregte und Einblick in Spaltungen in der kanadischen Politik gewährt, war ein diskriminierendes, vom Provinzparlament Quebecs im Juni 2019 verabschiedetes Gesetz, das bestimmten Beschäftigten des öffentlichen Dienstes in Autoritätspositionen verbot, religiöse Symbole am Arbeitsplatz zu tragen. Es wurde allgemein als ein Gesetz wahrgenommen, das sich

in erster Linie gegen Kopftuch tragende Muslimas richtet. Jedoch sind andere religiöse Minderheiten, die sichtbare Symbole ihres Glaubens tragen, ebenfalls davon betroffen.

Um eine Anfechtung des Gesetzes aufgrund Verstoßes gegen die kanadische Charta der Rechte und Freiheiten abzuwenden, berief sich die Regierung Quebecs auf eine Bestimmung der Charta selbst, die den Provinzen erlaubt, befristete Gesetze zu erlassen, die den verfassungsmäßigen Rechten und Freiheiten widersprechen, allerdings jeweils auf fünf Jahre begrenzt sind.

In Quebec unterstützen viele das sogenannte Säkularismus- (frz. *Laïcité*-) Gesetz. Umfragen zeigen, dass etwa 40 Prozent der Menschen im englischsprachigen Kanada ein Verbot religiöser Symbole befürworten. Das Gesetz wurde jedoch von einer lautstarken Minderheit in Quebec und von Beobachtern in Kanada und im Ausland verurteilt. Die diskriminierende Natur des Gesetzes wurde während des Wahlkampfs durch die Tatsache unterstrichen, dass NDP-Vorsitzender Jagmeet Singh, der einen Turban trägt, in Quebec nicht als Richter, Lehrer an öffentlichen Schulen oder Wildhüter arbeiten dürfte.

Der Gesetzentwurf 21 wurde von den Medien oft zitiert. In den Debatten der Parteiführer wurde er ebenfalls diskutiert, und die Kandidaten wurden gefragt, welche Maßnahmen sie ergreifen würden, um die Menschenrechte vor Verletzungen zu schützen. Alle vier Parteien, die bundesweit vertreten sind, vermieden es, sich in die Angelegenheiten der Provinz einzumischen, um so die Wähler Quebecs nicht vor den Kopf zu stoßen. Scharfsinnige Beobachter haben festgestellt, dass für viele Quebecer diese Gesetzgebung über ihren Inhalt hinaus zu einem Sinnbild der Selbständigkeit Quebecs geworden ist. Und so wie sein Vater vor ihm, erwies sich Trudeau als Vertreter kanadischer Vorherrschaft, als er bemerkte, dass er die Möglichkeit nicht ausschließen würde, dass die Bundesregierung zu einem späteren Zeitpunkt eine gerichtliche Anfechtung des Gesetzes unterstützen könne. Die Konservativen (deren Anhänger bundesweit das Verbot befürworten), die NDP und die Grünen waren sich einig, dass sie zwar das Gesetz ablehnten, aber die Gesetzgebungskompetenz Quebecs nicht in Frage stellen würden. In der Zwischenzeit ergriff der *Bloc Québécois*, dessen Wähler dem Verbot religiöser Symbole fast einstimmig zustimmten, jede sich bietende Gelegenheit, seine kategorische Unterstützung für den Gesetzentwurf 21 zu betonen, und bestand darauf, dass dies eine rein innere Angelegenheit Quebecs sei, die im bundesweiten Wahlkampf nicht einmal diskutiert werden dürfte.

Die Volkspartei: eine rechtsextreme Eintagsfliege?

Kanada ist gegen den weltweiten Auftrieb eines bössartigen Rechtspopulismus nicht gefeit, und dieser giftige Trend machte im Wahlkampf einige Fortschritte. Dies zeigte sich erstens darin, dass die Konservative Partei an die Vorurteile und Ängste ihrer größtenteils älteren weißen Wählerbasis mit nativistischen Vorschlägen appellierte, wie etwa der Kürzung der Entwicklungshilfe. Zweitens entstand eine rechte Splitterpartei, die *People's Party of Canada*, deren Wahlkampflosungen sich gegen Einwanderung aussprachen, den Klimawandel verneinten und den Wirtschaftsliberalismus anpriesen. Die extremen Ansichten, die bisher innerhalb der Konservativen Partei nur gedämpft zum Ausdruck kamen, wurden blitzartig entfacht. Trotzdem gelang es der neuen Partei nicht, das rechte Lager zu spalten, und ihr Vorsitzender Bernier wurde in seinem eigenen Wahlkreis vernichtend geschlagen, während seine Partei weniger als zwei Prozent der Stimmen erhielt.

Nichtsdestotrotz war einer der Tiefpunkte der diesjährigen Wahlen das unangemessene Interesse der Massenmedien an der neuen Volkspartei und ihrem Vorsitzenden Maxime Bernier, einem ehemaligen konservativen Abgeordneten aus Quebec und Mitglied von Stephen Harpers Kabinett, der zurückgetreten war, um die Partei ins Leben zu rufen, nachdem er bei seinem Versuch, Vorsitzender der konservativen Partei zu werden, knapp unterlag. Das Parteiprogramm spiegelt Berniers verschrobene Weltanschauung wider und ist hinsichtlich der meisten Hauptfragen der Politik völlig inakzeptabel. Es befürwortet einen Anstieg der CO2-Emissionen, da dies vorteilhaft für die Landwirtschaft sei, und fordert, dass Kanada sich aus dem Pariser Klimaabkommen zurückzieht, die CO2-Steuer abschafft und die Subventionen für grüne Technologien einstellt. Bernier, der den Spitznamen „Mad Max“ erhielt, gab sein eigenes Gift in die Schlammgrube der populistischen Hetze gegen die jugendliche schwedische Klimaaktivistin Greta Thunberg, indem er twitterte:

„Das Ziel der Grünen Linken ist es, unsere Gesellschaft durch die hysterische Angst davor, dass das Ende der Welt bevorsteht, grundlegend zu verändern, und wir somit keine andere Wahl haben, als unsere Freiheiten und unsere Lebensweise aufzugeben.“ Das Markenzeichen der Partei war es jedoch, gegen die Einwanderung zu hetzen. Für Bernier ist die Senkung der Einwanderungskontingente die Lösung für alles, von erschwinglichem Wohnraum bis hin zur sozialen Gerechtigkeit.

In Kanada hat es immer rechtsextreme Randparteien gegeben. Aber die Medien haben sie nie als berechtigte Teilnehmer am Wahlverfahren betrachtet. Während dieses Wahlkampfes ist es anders gelaufen, da die Massenmedien dazu beitrugen, den fremdenfeindlichen Diskurs der Partei und ihre offene Ablehnung des wissenschaftlichen Konsenses über den Klimawandel zu normalisieren, obwohl Berichte aufgetaucht sind, wonach Parteifunktionäre und Kandidaten Verbindungen zu islamfeindlichen nativistischen Gruppen wie Pegida Kanada und sogar zu Neonazi-Gruppen unterhalten. Journalisten bezeichneten die Volkspartei als eine der Hauptparteien Kanadas, obwohl ihre Unterstützung in der Bevölkerung durchweg weniger als drei Prozent betrug. Während die Vorsitzende der Grünen, Elizabeth May, 2008 und 2011 von den im Fernsehen übertragenen Debatten der Parteispitzen ausgeschlossen wurde, wurde Bernier im Gegensatz dazu schnell willkommen geheißen und erhielt dadurch unverdiente Glaubwürdigkeit. Die Kandidaten der Volkspartei wurden von Journalisten mit Ehrfurcht behandelt, selbst als die Wut der Bevölkerung über die Werbetafeln der Partei mit der Losung „Nein zu Masseneinwanderung“ die verantwortliche Werbeagentur dazu bewog, die beleidigenden Plakate zu entfernen.

Nach dem Schiffbruch der Partei bei den Wahlen erklärten die Massenmedien die Volkspartei für tot und behaupteten selbstgefällig, Kanada sei unfruchtbarer Boden für die Ausbreitung ultrarechten Gedankenguts. Aber angesichts der dokumentarisch belegten Ausbreitung rechtsextremer Grüppchen im ganzen Land sowie extremer Gewaltakte, wie der Anschlag 2017 auf eine Moschee in Quebec City, bleibt jedoch abzuwarten, ob diese Todesanzeigen eine andere Art von Leugnung ausdrücken. Die Vorstellung, dass Kanada und Québec von der Misere des rechtsextremen Populismus isoliert sind, der aktuell die politische Landschaft im globalen Norden verunziert, ist eine gefährliche Illusion. Die Legitimitätskrise des neoliberalen Kapitalismus schafft überall einen Nährboden für Demagogie und Autoritarismus. Mit Doug Ford und Jason Kenney als Ministerpräsidenten von Ontario und Alberta haben wir keinen Grund zur Selbstzufriedenheit. Eine Hauptaufgabe der Linken in Kanada und Quebec muss darin bestehen, gemeinsam eine tragfähige Alternative zu den Schmeicheleien der Rechten zu finden.

Auf dem Weg zu einem neuen Bündnis

Während nach den Wahlen viele Gedanken darüber geäußert wurden, wohin die Linke jetzt gehen soll, scheinen zwei Dinge ganz gewiss zu sein. Erstens trägt eine Investition in auf Wahlen konzentrierte Politik, zumindest auf Bundesebene, weiterhin wenig Früchte solange das Wahlrecht nicht verbessert wird. Zweitens müssen wir die Kluft zwischen dem englischsprachigen Kanada und Quebec schließen und den Kampf der indigenen Bevölkerung unterstützen, um eine kohärente Gegenmacht auf diesem Teil des Planeten zu schaffen, der derzeit als Kanada bekannt ist. Angesichts des bevorstehenden Klima-Chaos, der Zerstörung der Umwelt und der steigenden Flut reaktionärer Kräfte wären die Folgen von Untätigkeit schwerwiegend. Wie Leo Panitch einmal auf sehr beunruhigende Art sagte, werden wir unter Umständen den Sozialismus in einer Welt wie der von Blade Runner aufbauen müssen. In der Zwischenzeit aber verbindet uns das gemeinsame Interesse daran, dem Würgegriff der fossilen Brennstoffbranche zu entkommen und eine sozial gerechte Anpassung an den Klimawandel zu gewährleisten, ganz gleich ob wir nun Französisch, Englisch oder Cree sprechen. Angesichts der Grenzen, die der erneuerbaren Energie gesetzt sind, ist die Verringerung des Energiekonsums sowohl notwendig wie auch unvermeidlich. Sie muss aber gerecht sein. Wie können wir das Vermögen im Lande umverteilen und gleichzeitig unseren Beitrag als wohlhabendes Land auch im Ausland leisten, zum Beispiel indem wir Klimageflüchteten helfen? Dies sind schwierige Fragen. Die Linke muss zwar weiterhin zusammen mit sozialen Bewegungen arbeiten, um konkrete und erreichbare Forderungen zu stellen. Wir brauchen aber auch eine langfristige Perspektive, die über unmittelbare und verschiedenartige Kämpfe hinausgeht und die wir gemeinsam von Küste zu Küste zu Küste ausarbeiten müssen. Dies muss auf der Grundlage der gegenseitigen Anerkennung unserer ökologischen und ökonomischen Abhängigkeit und unserer jeweiligen Ansprüche an Selbständigkeit geschehen.

Veröffentlicht von der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Büro New York, Oktober 2019.

Herausgeber: Andreas Günther

Adresse: 275 Madison Avenue, Suite 2114, New York, NY 10016

E-Mail: info.nyc@rosalux.org; **Telefon:** +1 (917) 409-1040

Gefördert mit Mitteln des Auswärtigen Amts.

Die Rosa-Luxemburg-Stiftung ist eine international tätige, progressive Non-Profit-Organisation für politische Bildung. In Zusammenarbeit mit vielen Organisationen rund um den Globus arbeitet sie für demokratische und soziale Partizipation, die Ermächtigung benachteiligter Gruppen, Alternativen zur wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung und für friedliche Konfliktlösungen. Das New Yorker Büro erfüllt zwei Hauptaufgaben: sich mit Themen der Vereinten Nationen zu befassen und mit nordamerikanischen Linken in Hochschulen, Gewerkschaften, sozialen Bewegungen und der Politik zusammenzuarbeiten.

www.rosalux-nyc.org